

Bergedorfer Zeitung 31.03.15

Kreisstraße 80

Kosten für Lärmschutz sollen kalkuliert werden

Glinde (st). Seit sechs Jahren kämpft die Bürgerinitiative an der Stübbenkoppel um einen angemessenen Lärmschutz an der K 80. Jetzt ist endlich eine Lösung in Sicht - aber so haben sich die Anwohner das Ergebnis nicht vorgestellt.

"Die Stadt wird freiwillig eine Lärmschutzanlage errichten", sagt Bürgermeister Rainhard Zug. "Aber wir müssen die Anwohner zu 90 Prozent an den Kosten beteiligen. Dieser Prozentsatz ist Standard für diese Umlagen, und Glinde ist wirtschaftlich auch nicht in der Lage, auf Prozente zu verzichten."

Einen Rechtsanspruch auf den Lärmschutz gibt es laut juristischem Gutachten nicht. An Baukosten stehen mehr als eine Million Euro im Raum.

"Die Finanzierung beschäftigt uns natürlich schon", sagt Dagmar Coordts, Sprecherin der Initiative. Viele Nachbarn seien erschrocken über die Summen, die seit einiger Zeit kursieren. "Aber bisher weiß noch niemand genau, wie hoch die Kosten sein werden", bekräftigt sie. "Alle Summen sind Spekulation."

Die Stadtvertreter haben jetzt den ersten Schritt in Richtung Basis-Kalkulation gemacht: Sie bewilligten einstimmig 35 000 Euro für weitere Gutachten im April. Diese schalltechnischen Berechnungen sollen als Grundlage für die Beitragskalkulation und die Vorplanung der Lärmschutzanlage dienen. "Dann kommen alle Alternativen samt Kosten auf den Tisch", verspricht Zug.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative hoffen, dass es Zuschüsse von Land oder Bund gibt, die ihre Kosten reduzieren. Außerdem möchten sie sich weiter beteiligen, wenn es um das Material und das Aussehen der Anlage geht.

Gerüchten, dass die Initiative Klage erheben wolle, widerspricht Dagmar Coordts: "Wir hoffen, das auf einvernehmlichen Wege zu regeln."

Zum Streit war es gekommen, weil in den Kaufverträgen ein Schutzwall verzeichnet war. Allerdings wurde nicht festgehalten, wer sich zu dessen Bau verpflichtet. Damit gibt es keinen Rechtsanspruch. Zudem wurde der Bebauungsplan 25 nicht ordnungsgemäß veröffentlicht, er ist somit unwirksam.

Über den Zehn-Prozent-Anteil der Stadt werde sich jeder Glinder Steuerzahler am Lärmschutz für 31 Grundstücke beteiligen, betont Zug.